

## NEWSLETTER FEBRUAR 2011

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freundinnen und Freunde,

fassungslos mussten wir in den letzten Tagen feststellen, dass man einer CDU/CSU/FDP Bundesregierung weiterhin als Verteidigungsminister angehören kann, obwohl man sich einen Dokortitel erschlichen hat.

Im Bundestag fielen von Seiten der Opposition zu Recht Begriffe wie „Lügner“, „Betrüger“ und „Dieb geistigen Eigentums“. Dass der „Dr.“ und Freiherr von und zu Guttenberg sich im Plenum des Bundestags unter dem Beifall der Koalitionsabgeordneten dann auch noch als Opfer und Vorbild für andere, die Fehler gemacht haben, stilisiert, lässt nicht nur bei mir die Hoffnung schwinden, dass es in der sog. „christlich-liberalen“ Koalition wenigstens einen Rest von bürgerlichem Anstand gibt.

Hartz IV war im Februar das zweite beherrschende Thema in der Bundespolitik. Auch hier ging es der Regierungskoalition in wochenlangen Verhandlungen nicht darum, eine umfassende Lösung in den Bereichen Regelsatz, Mindestlohn und Bildungschancen im Sinne der betroffenen Menschen zu finden, die den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht. „Wiedervorlage Karlsruhe“ ist das traurige Ergebnis eines „Kompromisses“, den Grüne aus guten Gründen nicht mittragen können.

Im Bundestag wird aber auch weiterhin Energiepolitik gemacht: Das CCS-Gesetz, das EEG, das unkonventionelle Erdgas, der Ausstieg aus dem Steinkohlesubventionen und die Atomtransporte Jülich-Ahaus sind nur einige Themen, die im Januar im politischen Berlin im Mittelpunkt standen.

Diese und weitere Themen finden sich im aktuellen Newsletter.

Ich wünsche Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen. Über Fragen, Anregungen und Kritik freuen wir uns immer!



Oliver Krischer

## Themen dieser Ausgabe

1. Neuer CCS-Gesetzentwurf kann Bedenken der Länder nicht zerstreuen
2. Neuregelungen der Bundesregierung zu Erneuerbaren Energien bleiben hinter den Erwartungen zurück
3. Positionspapier zum Thema Unkonventionelles Erdgas
4. Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau
5. Neue Studie bestätigt: KWK ist wichtiger Baustein für den Klimaschutz
6. Kleine Anfrage zu Steinkohleabbau in Kolumbien
7. Studie „Wege zu 100% erneuerbaren Stromversorgung“
8. Antrag zu Jülich-Ahaus Transporten im Bundestag
9. Fachgespräche der Grünen Bundestagsfraktion zu Biomasse
10. Kohlekraftwerk Hamm: „Mit RWE liiert – böse angeschmiert!“
11. Koalition lehnt Gesetzentwurf gegen Massentierhaltung ab
12. Windenergieerlass NRW wird grundlegend überarbeitet
13. Abschlussbericht Trainee-Projekt 2010/2011
14. Parlamentarisches-Patenschafts-Programm: Zwischenbericht
15. Besuchergruppe auf Informationsfahrt in Berlin

### 1) Neuer CCS-Gesetzentwurf kann Bedenken der Länder nicht zerstreuen

Seit knapp 17 Monaten regiert die schwarz-gelbe „Wunschkoalition“ in Berlin und in ihrer ersten Regierungserklärung nach der Wahl hat Bundeskanzlerin Merkel betont, ein nationales Gesetz zur Abscheidung, Transport und Verpressung von Kohlenstoffdioxid (CCS) noch in jenem Jahr zu verabschieden. Dies war 2009! Doch auch heute im Winter 2011 gibt es kein CCS-Gesetz. Es scheiterte am Widerstand in den eigenen Reihen von CDU und FDP, vor allem in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Seit wenigen Tagen kursiert ein neuer **Gesetzentwurf** für ein CCS-Gesetz. Dieser soll – wie schon so oft von der Bundesregierung angekündigt – zeitnah in das Kabinett eingebracht werden. Doch ob dies wirklich geschieht ist mehr als zweifelhaft. Besonders der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein aber auch Niedersachsens gehen die aktuell vorgeschlagenen Regelungen der Rechte der Länder immer noch nicht weit genug. Sie drohen weiterhin mit einer Ablehnung des Gesetzes im Bundesrat. Das rot-rot regierte Brandenburg hingegen ist schon von Anfang an der Türöffner für die CCS-Politik der schwarz-gelben Bundesregierung und Wirtschaftsminister Christoffers von den Linken spricht sich entgegen seiner Partei auf Bundesebene vehement für ein CCS-Gesetz aus. Kerninhalte, eine Bewertung und ein Video finden sich **HIER**. Zufall oder nicht: Die Vorlage des aktuellen Gesetzentwurfes folgte parallel der Veröffentlichung einer **Landkarte durch Greenpeace**, die auf der Grundlage von Daten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 408 mögliche CO<sub>2</sub>-Speicherstätten in Deutschland aufzeigt. Weitere Infos finden dazu sich **HIER**.

### 2) Positionspapier zum Thema Unkonventionelles Erdgas

Der Arbeitskreis 2 „Umwelt, Energie, Agrar, Verkehr und Bauen“ der Grünen Bundestagsfraktion hat ein Positionspapier zum Thema Unkonventionelles Erdgas verabschiedet. Immer mehr Unternehmen begeben sich in Deutschland und Europa auf die Suche nach unkonventionellen Erdgaslagerstätten.

In den USA wird jedoch über schwere Umweltverschmutzung und Grundwasserbelastungen im Zusammenhang mit der Förderung von Unkonventionellem Erdgas berichtet. Unsere Kernforderungen lauten, dass die umstrittene Technik des „Hydraulic Fracturing“ nicht angewendet werden darf, bevor nicht gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die Risiken dieser Technologie vorliegen. Weiter fordern wir, auf den Einsatz von grundwassergefährdenden Stoffen bei der Förderung komplett zu verzichten. Auch unsere Forderungen im Zuge einer grundsätzlichen Reform des deutschen Bergrechts betreffen selbstverständlich auch die Gasförderung. Das komplette Positionspapier steht [HIER](#) zum Download bereit.

### **3) Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau**

Im Jahr 2007 hatte sich die damalige Große Koalition im Bund, die Länder, RAG und IG BCE auf eine Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus bis zum Jahr 2018 geeinigt, mit der Vorgabe durch eine Revisionsklausel im Jahr 2012 dies noch einmal zu überprüfen. Doch die damalige Große Koalition im Bund und auch die damalige schwarz-gelbe Landesregierung in NRW hatten es dabei versäumt, das deutsche Steinkohlefinanzierungs-Gesetz auch europarechtlich abzusichern. Die Haltung – die EU wird schon tun, was Deutschland sagt – hatte sich spätestens im Juli 2010 gerächt. Denn die EU-Kommission machte einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates, die Steinkohlebeihilfen bereits im Oktober 2014 einzustellen. Erst nach Intervention von Bundeskanzlerin Merkel wurde auf EU-Ebene vereinbart, dass die Steinkohlesubventionen bis 2018 laufen, im Gegenzug muss Deutschland Brüssel zusichern, die für 2012 geplante Revisionsklausel zur Überprüfung des Ausstiegs 2018 zu streichen. Die Plenar-Debatte findet sich [HIER](#) ab Seite 182 zum von der Bundesregierung nun in den Bundestag eingebrachten [Gesetzentwurf](#). Weitere Infos und meine Rede finden sich [HIER](#).

### **4) Neue Studie bestätigt: KWK ist wichtiger Baustein für den Klimaschutz**

Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) stellte am 14. Februar in Berlin die Studie [„Wirtschaftlichkeit von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen“](#) vor, die er zuvor bei den renommierten Wissenschaftlern Dr. Felix Christian Mathes (Forschungs-Koordinator Energie- und Klimapolitik beim Öko-Institut) und Dr. Hans-Joachim Ziesing (Senior Policy Advisor beim Ecologic Institut) in Auftrag gegeben hatte.

Das zentrale Ergebnis der Studie lautet: Die KWK ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele zu erreichen. Um eine wirtschaftliche Bewertung der KWK vornehmen zu können, haben die Forscher eigens einen Indikator („COGIX“) entwickelt. Ein weiteres Studienergebnis: In Zukunft wird der Hauptteil des Ausbaus im Bereich der Mikro- und Mini-KWK stattfinden, da Großkraftwerke kaum noch gebaut werden, und es auch immer schwieriger wird Wärmesenken zu erschließen.

### **5) Kleine Anfrage zu Steinkohleabbau in Kolumbien:**

Werden Menschenrechte verletzt, damit deutsche Stromkonzerne mit Steinkohlekraftwerken Milliarden Gewinne erzielen können? Nach Medienberichten und laut kolumbianischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen kommt es beim Steinkohleabbau in Kolumbien regelmäßig zu schweren Menschenrechtsverletzungen und gravierender Umweltzerstörung. Armee und

Paramilitärs „säubern“ das Land, wenn Bergbauunternehmen auf neu ausgewiesene Abbaugelände zugreifen wollen. Gleichzeitig ist Kolumbien mittlerweile zu Deutschlands zweitwichtigstem Lieferanten für Steinkohle geworden.

Wir haben die alarmierenden Berichte aus Kolumbien zum Anlass für eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung genommen und wollten darin wissen, welche deutschen Unternehmen Steinkohle aus Kolumbien importieren, und wie sichergestellt wird, dass beim Abbau von Steinkohle, die für deutsche Kraftwerke und Industrieanlagen bestimmt ist, Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden.

Die Bundesregierung bleibt uns jedoch viele Antworten schuldig. Es bleiben viele offene Fragen und es drängt sich der Eindruck auf, dass in Kolumbien Menschenrechte verletzt werden, damit deutsche Kraftwerksbetreiber Milliardengewinne einfahren können. Eine ausführliche Bewertung und die Antwort der Bundesregierung finden Sie [HIER](#).

#### **6) Neuregelungen der Bundesregierung zu Erneuerbaren Energien bleiben hinter den Erwartungen zurück**

Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen ([Europarechtsanpassungsgesetz Erneuerbare Energien](#)) hätte zeigen können, dass es die Bundesregierung mit ihren großen Ankündigungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich ernst meint. Doch stattdessen setzt sie nicht einmal die Mindestvorgaben der EU um. So ist etwa die Länderebene aus nicht nachvollziehbaren Gründen vollständig ausgenommen und Kommunen können die Vorgaben leicht umgehen. So wird der öffentliche Sektor niemals zum Vorbild bei der Nutzung Erneuerbarer Wärme. Schwarz-Gelb verpasst außerdem die Chance, das Wärmegesetz auch auf alle nicht-öffentlichen Gebäude auszudehnen.

Zusammen mit dem Eurorechtsanpassungsgesetz hat der Bundestag auch die notwendige und mit der Solarwirtschaft vereinbarte Reduzierung der Solarstromvergütung sowie eine Anpassung des sog. „Grünstromprivilegs“ im EEG vorgenommen. Die Veränderungen sind im Grundsatz richtig und werden von uns unterstützt. Doch statt der einmaligen Degression der Vergütungssätze im Juli diesen Jahres schlagen wir eine quartalsweise gestufte Senkung vor, um „Schlussverkaufseffekte“ und eine danach folgende Auftragsflotte zu vermeiden. Dem hat sich die Koalition leider nicht angeschlossen. Wir haben einen Entschließungsantrag zu dem Gesetz eingebracht, der demnächst auf den Seiten des Bundestags zu finden ist.

#### **7) Studie „Wege zu 100% erneuerbaren Stromversorgung“**

Vor kurzem hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) das Gutachten [„Wege zu 100% erneuerbaren Stromversorgung“](#) veröffentlicht. Darin gibt er Vorschläge zur Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) sowie skizziert Szenarien zur Beschleunigung des notwendigen nationalen und europäischen Netzausbaus und die Verkoppelung einer nationalen Übergangstrategie mit der europäischen Energie- und Klimapolitik. Der SRU kommt zum Schluss, dass eine Laufzeitverlängerung oder der Bau neuer Kohlekraftwerke für den Umbau der Energieversorgung zu den Erneuerbaren nicht nötig ist. Das eigene Beratergremium widerspricht damit offiziell der Bundesregierung.

Das Gutachten setzt in hohem Maße auf den Ausbau der Wind-Offshore-Anlagen. Hingegen wird anderen erneuerbaren Energieträgern wie der Photo-

voltaik oder der Onshore-Windkraft eine sehr geringe Bedeutung beigemessen. Diese Fokussierung auf die Offshore-Windkraft sehen wir jedoch kritisch. Der SRU spricht sich zudem für eine Deckelung der Solarförderung aus. Bei einer solchen Deckelung wird nur eine bestimmte Menge an neu installierter Leistung gefördert. In allen anderen Nationen wie etwa Spanien, in denen eine Deckelung eingeführt wurde, sind jedoch erhebliche Nachteile für die gesamte Branche entstanden. Das Gutachten in Kurzfassung findet sich [HIER](#).

#### **8) Antrag zu Jülich-Ahaus Transporten im Bundestag**

Mit dem Antrag ‚[Brennelemente-Zwischenlager am Forschungszentrum Jülich ertüchtigen](#)‘ haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die 152 Castoren mit etwa 300.000 hochradioaktiven Brennelementekugeln aus dem stillgelegten Versuchsreaktor AVR Jülich (FZJ) nicht nach Ahaus zu transportieren sondern in Jülich zu belassen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#). Im Umweltausschuss lehnten CDU/CSU/FDP den Antrag - wie zu befürchten war - ab. Die Regierungsparteien haben überhaupt kein Problem mit den umfangreichen Castortransporten in Deutschland. Die Bundesregierung äußerte sich offener, als etwa Herr Röttgen, der ja auch NRW-CDU-Vorsitzender ist. Ihm scheint klar, welche Probleme und Konflikte mit diesen Castortransporten verbunden sind. Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung bei weiteren anstehenden Entscheidungen zum Verbleib der Jülicher Castoren entscheidet.

#### **9) Fachgespräche der Grünen Bundestagsfraktion zu Biomasse**

In diesem Jahr steht die Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) an. Eine Herausforderung ist, die Förderung von Bioenergien so zu gestalten, dass der Ausbau vorangeht, zugleich aber die in vielen Regionen deutlich gewordenen Fehlentwicklungen zu korrigieren und zu vermeiden. Die Grünen wollen Bioenergien nachhaltig ausrichten. Bioenergien werden nur eine Zukunft haben, wenn es gelingt sie umwelt- und sozialverträglich zu erzeugen. Dieses Ziel ist erreichbar, es bedarf hierzu aber einer klaren Ausrichtung der Energie-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Naturschutzpolitik. Wir wollen die komplexen Fragestellungen rund um den Bioenergie-Ausbau mit jeweils unterschiedlichen fachlichen Schwerpunkten diskutieren. Dazu dienen die Fachgespräche ‚[Bioenergieförderung neu ausrichten](#)‘ am 14. März 2011 und das zweite Fachgespräch zum Thema ‚[Nachhaltige Erzeugung von Bioenergie](#)‘ am 18. März 2011.

#### **10) Koalition lehnt Gesetzentwurf gegen Massentierhaltung ab**

Immer mehr industrielle Massentierhaltungen für Hähnchen, Puten und Schweine entstehen in Deutschland, die mit bäuerlicher und nachhaltiger Landwirtschaft nichts mehr zu tun haben. Die Grüne Bundestagsfraktion hat deshalb einen [Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbaugesetzes](#) eingebracht, der die Streichung der Ausnahmeregelung zur Errichtung solcher Anlagen im Außenbereich vorsieht. Damit würde die Errichtung von Massentierhaltungen unmöglich gemacht. In namentlicher Abstimmung mussten die Abgeordneten Farbe bekennen, ob sie sich für oder gegen die Massentierhaltung aussprechen. Vor Ort sprechen sich viele Kollegen von CDU und FDP immer wieder gegen Massentierhaltungen aus. Wenn es jedoch im Bundestag zur Abstimmung kommt, ist davon nichts mehr zu merken. Der Druck der Agrarlobby scheint in den Regierungsfraktion immens zu sein. Weitere Infos und das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten aus den Wahlkreisen findet sich [HIER](#).

### **11) Einst mit RWE liiert – heute böse angeschmiert!**

RWE und 23 deutsche Stadtwerke haben im Jahr 2008 den Bau des Steinkohlekraftwerks GEKKO (Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle) in Hamm-Uentrop vereinbart. In der ursprünglichen Planung sollten Mitte des Jahres 2011 zwei Kraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 1.600 MW ans Netz gehen. Die Kosten des Kraftwerksbau wurden mit 2 Mrd. Euro veranschlagt. Auch wenn RWE versucht, das Kraftwerk mit einem Wirkungsgrad von gerade einmal 46 Prozent – also 54 Prozent der Energie werden nutzlos an die Umgebung abgegeben - als Beitrag zum Klimaschutz zu verkaufen, stößt das Kraftwerk ca. 9 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr aus. Nun droht das Kraftwerk allerdings nicht nur für das Klima, sondern auch finanziell für die 23 beteiligten Stadtwerke zum Desaster zu werden. [HIER](#) finden sich mehr Infos.

### **12) Windenergieerlass NRW wird grundlegend überarbeitet**

Die rot-grüne Landesregierung in NRW hat den Entwurf für einen grundlegend überarbeiteten Windenergieerlass vorgestellt. Die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung hatte im Jahr 2005 den Ausbau der Windenergie in NRW durch die Einführung unverhältnismäßiger Abstandsregelungen, Einschränkungen beim Artenschutz und Höhenbegrenzungen beinahe zum Erliegen gebracht. Von dem neuen Windenergieerlass soll daher ein Aufbruchsignal für die Windenergie ausgehen, ohne dass der Anwohnerschutz dabei jedoch zu kurz kommt. In Kürze werden Verbände und Institutionen die Gelegenheit haben, ihre Anregungen und Vorschläge einzubringen. Der Vorschlag der Landesregierung für einen neuen Windenergieerlass kann [HIER](#) abgerufen werden.

### **13) Abschlussbericht Trainee-Projekt 2010/2011**

Im Rahmen des Trainee-Programms von Bündnis 90/Die Grünen hat die Studentin Denise Abé aus Bonn einen Leitfaden zu Energieeffizienz und Einsparmöglichkeiten für die Studierenden der Universität Bonn erstellt. Als Trainer begleitete ich sie dazu die vergangenen zwölf Monaten. Zudem absolvierte sie in den vergangenen Wochen ein Praktikum in meinem Berliner Büro. Ihre Eindrücke und der Abschlussbericht findet sich [HIER](#).

### **14) Parlamentarisches-Patenschafts-Programm: Zwischenbericht**

Das Jugendaustauschprogramm zwischen dem Deutschen Bundestag und dem US-Kongress schickt jedes Jahr SchülerInnen und junge Berufstätige in das jeweils andere Land um den kulturellen Austausch und den Ausbau der interkulturellen Freundschaft zwischen beiden Ländern zu festigen. Das Programm wurde 1983 anlässlich des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung ins Leben gerufen. Dieses Jahr bin ich vom Handwerks-Gesellen Jan Porschen aus meinem Wahlkreis Düren der Pate. Er verbringt momentan ein Jahr bei einer Gastfamilie in Kalifornien und besucht dort das College. Er liebt das amerikanische Barbeque, nur die Jobsuche gestaltet sich schwierig. Aber lesen Sie am besten selbst seinen [Zwischenbericht](#).

### **15) Besuchergruppe auf Informationsfahrt in Berlin**

Eine Gruppe aus ehren- und hauptamtlichen MitarbeiterInnen der AWO Euskirchen, der Anti-Atom Bürgerinitiative Ahaus sowie interessierten Bürgern und Grünen besuchte vor wenigen Tagen auf meine Einladung das politische Berlin. Dort bekamen alle einen Eindruck von der Arbeit und den Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten. Weitere Infos zur Besucherfahrt finden sich [HIER](#).

**Büro Berlin:** Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-72059, [oliver.krischer@bundestag.de](mailto:oliver.krischer@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Düren:** Nidegger Str. 68, 52349 Düren, Telefon: +49 2421-189287, [oliver.krischer@wk.bundestag.de](mailto:oliver.krischer@wk.bundestag.de)